

Initiative Zukunft:

Ortsentwicklungskonzept für Postbauer-Heng

- Kurzfassung -

**Mitglieder der Initiative Zukunft
und Autoren dieses Konzeptes sind:**

Kurt Augustin	(1. Vorsitzender UPW-FW)
Helmut Gradl	(Marktgemeinderat)
Alois Härtl	(1. Vorsitzender Bürgerblock)
Gerhard Hierl	(Marktgemeinderat, Fraktionssprecher SPD)
Benjamin Huck	(1. Vorsitzender SPD)
Dr. Jürgen Rupprecht	(Marktgemeinderat, Fraktionssprecher Bürgerblock)
Arnd Willmann	(Marktgemeinderat, Fraktionssprecher UPW-FW)

Stand: März 2010

1. Steigerung der Attraktivität für junge Familien – aber auch für alle Generationen

Infrastruktur

- Gute Verkehrsanbindung
- Angepasste weitere ÖPNV-Anbindung
- Versorgungseinrichtungen und Fachärzteversorgung vor Ort

Kinderbetreuung

- Ganztägige Kinderbetreuung von der Kinderkrippe bis zum Ende der Grundschule

Ausbildung

- Bestand der Hauptschule sichern
- Zusätzliche praktische Klassen
- Mittlere Reife-Abschluss in Postbauer-Heng
- Stärkerer Ausbau der beruflichen und Erwachsenenbildung über die VHS

Jugend

- Schaffung eines Jugendparlament oder einer regelmäßigen Jugendbürgerversammlung
- Neue Formen von (dezentralen) Treffpunkten
- Überarbeitung der Jugendarbeit in einem Zyklus von ca. 3 Jahren
- Nichtkommerzielle Jugendveranstaltung ohne Alkohol

Freizeit und Kultur

- Unterstützung von Freibad, Kultur im Schloss, KISH und Arbeit von Vereinen und Initiativen
- Aktive Förderung neuer Ansätze
- Aktive Förderung der Weiterbildung von Jugendleiter
- Schaffung eines Bürgerhauses

Attraktivität des Wohnorts

- Schwerlastverkehr an der B8 und der Staatsstraße reduzieren
- Verlegung der Hochspannungs-Stromleitungen unter die Erde
- Umgestaltung des Centrum als Treffpunkt

Bauplätze

- Vorteil der ruhigen Lage der Baugebiete herausstellen
- Planung eines Mittelpunkts (Kern)
- Flexibilität bei der Größe / kleinere Parzellen gewünscht
- Nachverdichtung und Verwertung von Baulücken nutzen
- Leicht zugängliche Übersicht verfügbarer Bauplätze
- Günstiges Bauland durch Subvention der Erschließungskosten
- Vergabe von Erbbaurechten

2. Entwicklung eines Gewerbegebietes / Forcierung von Gewerbeansiedlungen

Die Ansiedlung von umweltverträglichen Gewerbebetrieben trägt wesentlich zum Erfolg und zur Attraktivität einer Kommune bei.

Für produzierendes Gewerbe

- Vorausschauende Erweiterung und Erschließung des Gewerbegebietes mit den besten Entwicklungsmöglichkeiten
- Konzentration auf dieses Gewerbegebiet; produzierendes oder verarbeitendes Gewerbe soll hauptsächlich in diesem Gebiet angesiedelt werden.
- Vorhalten von Gewerbegrundstücken durch die Gemeinde
- Optimale verkehrstechnische Erschließung
- Optimale Anbindung an den ÖPNV: Regelmäßiger Shuttle-Service zu Bahnhof / S-Bahn.
- Versorgung mit hoch-leistungsfähigem Breitbandnetz
- Flexibilität bei der Parzelleneinteilung
- Umsetzung einer Energie-Eigenversorgung
- Attraktive Finanzierungsmodelle für Grundstücke (z.B.Erbbaurechte)
- Transparente und zügige Genehmigungsverfahren; Berechenbarkeit
- Recycling von freiwerdenden Gewerbeparzellen

- Erschließung von Flächen in Bahnhof-/S-Bahn-Nähe für Bürobetriebe und Dienstleister

Generell

- Aktive Werbung
- Aktive Mitwirkung des Bürgermeisters bei der Ansprache von Betrieben und Dienstleistern
- Schaffung eines attraktiven kulturellen Angebotes
- Erfolgreiches Reagieren auf den demographischen Wandel
- Hohe Attraktivität für junge Familien
- Gut ausgebildete Arbeitskräfte

3. Natur, Naherholung, Fremdenverkehr

Zentrale Forderung:

Ausbau und Erweiterung der touristischen Attraktivität, Erhalt und Ausbau der Naturräume(Renaturierung), Ausbau der Gastronomie

Zentrale Maßnahme

- Sofortige Schaffung eines Gremiums durch die Gemeinde
- Erarbeitung einer Zielsetzung zum Thema Touristik/Fremdenverkehr/ Naturschutz
- Initiierung der weiteren Schritte

Einzel Schritte

- Erstellung eines Masterplanes (Was haben wir? Wo wollen wir hin?)
- Sofortiger „Runder Tisch“ der Gastronomie, Hotellerie.
- Entwickeln einer Strategie zum Ausbau des Fremdenverkehrs und Überlegungen zur Steigerung der Attraktivität und Wirkung nach außen (z.B. auch Entfernung der Hochspannungstrassen durch das Zentrum).
- Zusammenarbeit mit Fachleuten aus den Bereichen Gastronomie, Fremdenverkehr, Präsentation, Naturschutz, Werbung
- Nutzung der vorhandenen Strukturen (Vereine, Gruppierungen, usw.)
- Zeitplanerstellung und Überwachung durch die Gemeinde
- Schaffung einer Natur-Planung mit dem Ziel des Erhaltes und dem Ausbau der Naturschönheiten in der Gemeinde, Ausweisung von gemeindlichen(!) Schutzgebieten, Renaturierungsmaßnahmen, usw.
- Ausbau der Wander- und Naherholungsregion Dillberg mit besonderer Bewerbung der Metropolregion NFE
- Einbeziehung der Bevölkerung in Form von Aktionen, Planung mit den betroffenen Bürgern

4. Geeignete Maßnahmen zur Reaktion auf den demographischen Wandel

Der demographische Wandel – das bedeutet, dass die Sterberate die Geburtenrate dauerhaft übersteigt - ist seit Jahren spürbar. Gerade die Kommunen werden vor neue Aufgaben gestellt, da sich der demographische Wandel auf viele kommunale Aufgabenfelder auswirkt: Schule, Verkehr, Gesundheit, Altenhilfe, Wohnraum, Kindergärten, Infrastruktur etc.

Zudem wird durch rückläufige Bevölkerungszahlen der Wettbewerb mit anderen Kommunen, vor allem mit den Nachbargemeinden, verschärft.

Dem demographischen Wandel muss mit geeigneten Maßnahmen begegnet werden:

- Generationsübergreifende Wohnprojekte (Miteinander der Generationen)
- Netzwerk der Generationen (gegenseitige Unterstützungen)
- Sicherstellung der Qualifizierung und Weiterbildung der Älteren fürs Ehrenamt
- Projekte für Ältere, die auf Geselligkeit, Lebensfreude, Sport- und Freizeitgestaltung gerichtet sind
- Nutzung der Fördermöglichkeiten von Land und Bund
- Breite Einbindung aller gesellschaftlicher Gruppen und Integration der Migranten
- Imagebildung der Marktgemeinde als „kinderfreundliche Gemeinde“
- Maßnahmen, die generell die Attraktivität der Marktgemeinde für junge Familien und Familien mit Kindern steigern

Erfolgreiche Reaktion auf den demographischen Wandel steigert Attraktivität unserer Gemeinde für junge Familien, schafft Standortvorteile und erhöht Entwicklungsmöglichkeiten der Kommune.

5. Erstellung eines umfassenden, integrierten Energiekonzeptes

Grundsätzlich

- Bildung eines Energieausschusses im Gemeinderat
- Keine Schnellschüsse, falls erforderlich: Sondersitzungen
- Priorisierung der Maßnahmen

Sofortmaßnahmen

- Ersatz der aktuellen Straßenbeleuchtung durch Energiesparlampen
- Sofortige Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kommunalen Dächern
- Sofortige Errichtung einer bodengestützte Photovoltaik-Anlage

Mittelfristige Maßnahmen

- Prüfen Rückkauf Netz
- Eigenbetrieb der Straßenbeleuchtung; interkommunale Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden (z.B. bei Wartung)
- Eigene Windkraftanlage möglich?
- Erdwärme für Eigenheime fördern?

Langfristige Zielsetzung

- Energieeigenversorgung

6. Weiteres Vorgehen

- Grundsätzliche Einigkeit über das Vorgehen im Gemeinderat
- Bildung einer Leitungsgruppe
- Einbeziehung der Bürger
- Bildung eines hochkarätigen Lenkungskreises
- Frühzeitige Einbeziehung relevanter Fachleute